

Bürgerforum fordert mehr Grün

Im Gemeinderat sollen am Dienstag politische Grundsätze beschlossen werden, nach denen sich Investoren künftig bei Bauprojekten zu richten hätten. Dem Bürgerforum Baugebiete Radolfzell gehen diese Grundsätze allerdings nicht weit genug. Sie fordern unter anderem eine Grünflächenquote.



Mehr als 1000 neue Wohneinheiten sollen in Radolfzell in den nächsten fünf Jahren entstehen, es wird gebaut und nachverdichtet. Um die Zusammenarbeit mit Bauträgern und Investoren zu erleichtern, sollen nun politisch festgelegte Grundsätze beschlossen werden, nach denen sich künftige Bauprojekte richten sollen. Diese sogenannten Baulandpolitischen Grundsätze sind ein Punkt auf der Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung. Dabei konzentriert sich der Beschlussvorschlag der Verwaltung vor allem auf den Bereich des geförderten und preisgedämpften Wohnungsbaus. Konkret bedeutet dies, dass die Verwaltung laut Beschlussvorlage bei künftigen Bauprojekten 30 Prozent geförderten Wohnungsbau zusichern würde, sofern neues Planungsrecht erforderlich wäre oder städtische Grundstücke verkauft würden. Gut, findet das Bürgerforum Baugebiete Radolfzell (BBR). Doch der Initiative geht das nicht weit genug.

Oberbürgermeister Martin Staab habe bei seiner Neujahrsrede von den Punkten Soziales, Ökonomie und Ökologie unter dem Oberbegriff der Nachhaltigkeit gesprochen, sagt Peter Schubkegel vom BBR. Gerade der Punkt Ökologie sei in der Beschlussvorlage zu den Baulandpolitischen Grundsätzen jedoch nicht ausreichend berücksichtigt. Ein Problem der baulichen Nachverdichtung sieht das BBR in der Zerstörung von Grünflächen. Denn solche sind nach der Überzeugung Peter Schubkegels und des BBR von großer Bedeutung für die Bevölkerung und den Tourismus. Bäume und Biotope seien als Erholungsflächen wichtig. Alles andere würde die Attraktivität der Stadt senken, ist sich Peter Schubkegel sicher.

Daher plädiert das BBR dafür, eine Grünflächenquote zu schaffen. Danach könnte ein Investor veranlasst werden, bei einer bestimmten bebauten Fläche eine entsprechende grüne Ausgleichsfläche zu schaffen – und zwar in der inneren Stadt. Es gehe dem BBR nicht darum,

Beschlüsse hinauszuzögern oder zu verhindern, sagt Peter Schubkegel. Aber der Gemeinderat könne heute beispielsweise zusagen, die Grundsätze zu ergänzen. Die öffentliche Sitzung beginnt um 17 Uhr im Rathaus.